

Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit 21.12.2010

Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik
München 2010 (Blessing Verlag)
880 Seiten
34,95 Euro
ISBN: 978-3-89667-430-2

Dass es im Auswärtigen Amt der jungen Bundesrepublik von alten, durch schwerste Verbrechen belasteten Beamten nur so wimmelte, war nie ein Geheimnis. "Es gibt kein Bundesministerium", stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Erler bereits im Jahr 1952 fest, "das in dieser Weise die Kontinuität der Berliner Tradition fortsetzt wie das Auswärtige Amt". Damals musste sich ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages erstmals mit der Frage beschäftigen, welche personellen Kontinuitäten das Bonner Außenministerium zu seiner Vorläuferorganisation der NS-Zeit aufweise. "Der Bericht hätte in vielen Punkten vollständiger sein können", gab abschließend der Ausschussvorsitzende zu Protokoll. Wissentlich hatte man die Fakten nur teilweise dem kaum interessierten Publikum zur Verfügung gestellt: Die jungen BRD-Apparate sollten sich ohne große Ablenkung durch den Blick auf die Vergangenheit dem Systemkampf gegen die realsozialistischen Staaten widmen.

Den ergänzend legitimierenden Mythos, das Auswärtige Amt sei in der NS-Zeit ein "Hort des Widerstands" gewesen, seine Mitarbeiter seien deswegen ohnehin nicht zu kritisieren, hatten alte Nazis bald nach 1945 erfunden. Er sei nur bis 1938 im Amt geblieben, um "Schlimmeres zu verhüten", behauptete der langjährige Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath, als er sich nach Kriegsende vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg verteidigen musste. Die Behauptung hatte jahrzehntelang Bestand. Noch 1979 ließ Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP, ehemals NSDAP) über das Auswärtige Amt (AA) erklären: "Das AA leistete den Plänen der NS-Machthaber zähen, inhaltenden Widerstand, ohne jedoch das Schlimmste verhüten zu können. Das Amt blieb lange eine 'unpolitische Behörde' und galt den Nationalsozialisten als eine Stätte der Opposition." Zu diesem Zeitpunkt war nicht nur das "Braunbuch" (1965) schon längst erschienen, in dem DDR-Rechercheure derlei Behauptungen widerlegt hatten. Auch Christopher Brownings Werk "The Final Solution and the German Foreign Office", mit dessen Hilfe man sich eines Besseren hätte belehren lassen können, war damals seit einem Jahr auf dem Markt.

Kern des seit Jahrzehnten widerlegten Widerstandsmythos' war die Behauptung, die "Deutschland-Abteilung" mit Unterstaatssekretär Martin Luther an der Spitze sei dem Auswärtigen Amt gegen seinen Willen aufgenötigt worden. Die Abteilung war für die propagandistische Begleitung und für die nachrichtendienstliche Verschleierung der Shoah zuständig. So schrieb etwa der NS-Diplomat Wilhelm Melchers an die Verteidigung seines im "Wilhelmstraßenprozess" angeklagten ehemaligen Kollegen Ernst von Weizsäcker, es scheine ihm an der Zeit, "die ganze Abteilung Deutschland des Herrn Luther und Kameraden, die ja überhaupt nichts mit dem alten AA zu tun hatten, irgendwie etwas mehr in das Rampenlicht zu schieben". Im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess in Jerusalem schlug ein weiterer ehemaliger NS-Aktivist, der frühere NS-Gaurichter und damalige Leiter der Zentralen Rechtsschutzstelle im Auswärtigen Amt, Hans Gawlik, vor, ein "Weißbuch" zur "Aufklärung" über die NS-Vergangenheit des Bonner Außenministeriums zu erstellen. Darin könne erläutert werden, "daß die Eichmann zur Last gelegten Handlungen a) von einem kleinen Kreis von Personen durchgeführt worden sind und b) mit einem so starken Geheimschutz umgeben waren, daß Personen, die nicht unmittelbar beteiligt waren, keine Kenntnis haben konnten".

Derlei Legendenbildung wurde nicht nur im "Braunbuch" und von Christopher Browning, sondern auch von Hans-Jürgen Döscher in seinen Studien "Das Auswärtige Amt im Dritten Reich" (1987) sowie "Verschworene Gesellschaft" (1995) umfassend widerlegt. "Das Amt und die Vergangenheit" bringt demgegenüber keine grundlegend neue Einschätzung. Die publizistischen Wellen, die es in den vergangenen Wochen geschlagen hat, deuten deshalb weniger auf bahnbrechende Archivfunde hin, die einen neuen Blick auf das Auswärtige Amt der

Nazi-Zeit sowie der frühen Bundesrepublik ermöglichen. Sie zeigen vielmehr, dass die deutsche Medienöffentlichkeit nicht wissenschaftlichen Befunden, sondern immer noch vorrangig der Freigabe dieser Befunde durch staatliche Autoritäten verpflichtet ist.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com